

Regionale Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg

Verglichen mit den anderen Bundesländern war die Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg in der Nachkriegszeit meist vergleichsweise niedrig. Hier Ursachenforschung zu betreiben, kann nicht Hauptziel des vorliegenden Beitrags sein. Vielmehr soll zunächst die Entwicklung der Wahlbeteiligung in ganz Baden-Württemberg bei Bundestags-, Landtags- und Europawahlen beschrieben werden. Den eigentlichen Schwerpunkt der Untersuchung bildet dann die Darstellung von „Gebieten mit hoher und niedriger Wahlbeteiligung“ bei den Landtagswahlen. Diese Beschreibung erfolgt an Hand einer kleinräumigen Analyse der Wahlbeteiligung auf Gemeindeebene. Als Basis dieser Untersuchung wurden die Ergebnisse aller Wahlen seit 1949 für das Landesinformationssystem (LIS) aufbereitet und auf den heutigen Zuschnitt der Gemeinden gebracht.

Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen: Baden-Württemberg lange Zeit „Schlußlicht“ unter den Ländern

Die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen lag in Baden-Württemberg bei fast allen Wahlen (teilweise deutlich) unter dem Bundeswert. Von 1949 bis 1980 (Ausnahme: 1972) war das Land sogar „Schlußlicht“ unter den Bundesländern. Die höchste Wahlbeteiligung wurde 1972 und 1976 erreicht. Danach fiel sie ab, um 1983 nochmals einen hohen Wert zu verzeichnen; von 1983 bis 1990 nahm die Beteiligung dann sehr deutlich ab (in Baden-Württemberg um 11 Prozentpunkte). Bei der Bundestagswahl von 1994 setzte sich diese Entwicklung allerdings nicht weiter fort; die Wahlbeteiligung stieg wieder an und erreichte in Baden-Württemberg einen Wert von knapp 80 %.

Wahlbeteiligung bei Europawahlen: 1994 kräftiger Anstieg im Land durch Kommunalwahl

Auch bei den ersten drei Europawahlen wies Baden-Württemberg deutliche Wahlbeteiligungsdefizite, gemessen am Bundesmittel, auf. Bei der Europawahl von 1984 ging in Baden-Württemberg nicht einmal jede(r) zweite Wahlberechtigte zur Urne. Die letzte Europawahl von 1994 stellt einen Sonderfall dar. Die Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg übertraf den Bundeswert um 6 Prozentpunkte. Diese „Verzerrung“ lag darin begründet, daß in Baden-Württemberg neben dem Europaparlament auch die Kommunalparlamente gewählt wurden. Wie *Schaubild 1* zeigt, ist die Beteiligung an Europawahlen generell deutlich niedriger als bei Bundestags- und Landtagswahlen („Wahlhierarchie“).

Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen: Rekordtief 1960, Höchststand 1972



Die Autoren: Dipl.-Geograph Manfred Deckarm (rechts) ist Referent im Referat „Landesinformationssystem, Regionalstatistik, Bibliothek“ des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg. Alexander Jäger studiert Dipl.-Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz. Er absolvierte 1994/95 im Rahmen seines Studiums einen mehrmonatigen Arbeitsaufenthalt im Statistischen Landesamt.



Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg läßt sich ein prägnanter Entwicklungsverlauf feststellen. War die Wahlbeteiligung bei der zweiten Wahl 1956 gegenüber dem ersten Urnengang von 1952 noch deutlich höher, brach diese 1960 ein und sank auf das Rekordtief von gerade noch 59 %. In der Folgezeit stieg sie von Wahl zu Wahl kontinuierlich an und erreichte 1972 ihren Höchststand von 80 %. Bis 1980 hatte sich die Beteiligung dann wieder um 8 Prozentpunkte verringert. Seitdem liegt die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen im Südweststaat vergleichsweise konstant zwischen 70 und 72 %.

Im Ländervergleich wies Baden-Württemberg über lange Zeit hinweg die niedrigste Wahlbeteiligung auf (vgl. *Tabelle*). Zieht man beispielsweise alle Landtagswahlen der Jahre 1957 und 1961 heran, so lag Baden-Württemberg mit 59 % (1960) noch um 18 Prozentpunkte unter Bayern und Nordrhein-Westfalen, den „zweit- und drittletzten“.

Die auffallend niedrige Wahlbeteiligung (geringe Wählermobilisierung) 1960 läßt sich unter anderem aus der damaligen landespolitischen Situation heraus erklären. Bereits seit Oktober 1953 regierte in Stuttgart eine Allparteien-Koalition (Oktober 1953 bis Mai 1956: KPD-Opposition). Zwischen den Parteien bestand weitgehendes Einvernehmen in den politischen Grundsatzfragen. Es war nicht die Zeit der politischen Grabenkämpfe, im Land herrschte Aufbaustimmung, und die Konsolidierung des neugeschaffenen Südweststaats einte die Mehrheit der politischen Kräfte.

Die vergleichsweise niedrige Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg wird aber auch mit der „politischen Tradition und Kultur“ Württembergs erklärt:

„1. eine überdurchschnittliche Distanz zu politischen Parteien als Ergebnis einer langen Tradition kommunaler Selbstverwaltung, die Kommunalpolitik in erster Linie als Sachpolitik kompetenter Bürger und kaum als Parteipolitik versteht, und 2. eine gerade im protestantischen (Alt-)Württemberg aus seinem lutherischen und pietistischen Religionsverständnis heraus vorhandene Organisationsfeindlichkeit, die verstärkt den Typus eines flexiblen Wählers mit geringerer Bindung an eine Partei hervorgebracht hat.

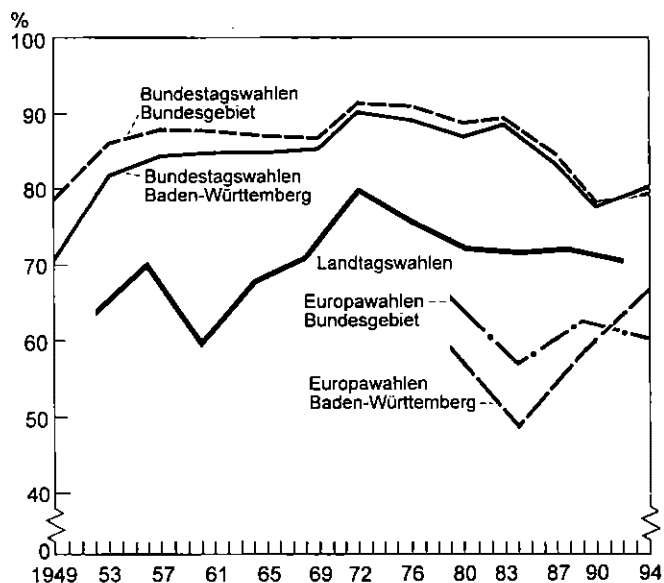
... dieser Wählertypus fühlt sich auch weniger zum Urnengang verpflichtet, ist mithin schwerer für eine Wahl zu mobilisieren als ein parteiloyalere Wähler.“¹

In den 50er und 60er Jahren war (Alt-)Württemberg² noch ein Gebiet mit niedriger Wahlbeteiligung (vgl. *Schaubild 2*). Inzwischen hat sich dies aber gewandelt. Dies ist in Anbetracht der enormen Bevölkerungswanderungen in der Nachkriegszeit auch nicht verwunderlich. Es kann vermutet werden, daß vor allem im Großraum Stuttgart vielerorts die „Reischmeggde“ die „Hiesige“ zahlenmäßig übertreffen.

„Der überwiegende Grund für Wahlabstinenz“ in Baden-Württemberg in den 50er und frühen 60er Jahren dürfte aber der „altbadische Protest“³ gewesen sein, der sich gegen die Einbeziehung Badens in das neugeschaffene Land Baden-Württemberg richtete (vgl. vorliegenden Beitrag, S. 98).

Schaubild 1

Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg sowie bei Bundestags- und Europawahlen in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet seit 1949



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

65 96

Anhaltender Trend zur Wahlenthaltung in Baden-Württemberg?

Bei der Betrachtung aller Bundestags- und Landtagswahlen fallen die Rekordwahlbeteiligungen von 1972 auf. Zu Beginn der 70er Jahre war Westdeutschland in einem wohl nie zuvor dagewesenen Maße politisiert: Die 68er-Revolution wirkte nach. Sowohl in der Innen- („Mehr Demokratie wagen“) als auch in der Außenpolitik (Ostverträge) setzte die sozial-liberale Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt neue Akzente. Im Zuge

¹ Vgl. Schwarz, Thomas: Wähler und Nichtwähler in Stuttgart. Das Phänomen Wahlbeteiligung aus der Sicht der amtlichen Wahlstatistik. Statistischer Informationsdienst. Sonderheft 4, hrsg. von der Landeshauptstadt Stuttgart, 1992, S. 12.

² Ehemalige Amtssitze im Herzogtum Württemberg (um 1800): Stuttgart, Ludwigsburg, Backnang, Möckmühl, Schorndorf, Göppingen, Heidenheim, Blaubeuren, Urach, Tübingen, Balingen, Tuttlingen, Hornberg, Freudenstadt, Calw, Neuenbürg und Maulbronn.

³ Sepaintner, Fred: Landtagswahlen und politische Grundströmungen, in: 40 Jahre Baden-Württemberg, Aufbau und Gestaltung 1952-1992, hrsg. von Meinrad Schaab, Stuttgart: Konrad Theiss Verlag, 1992, S. 22.

Tabelle

Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen der Nachkriegszeit bis 1995¹ in %

Nach Bundestagswahl ... bis einschließlich Bundestagswahl ...	BW	BY	BE	BB	HB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
vor 1949	69,8	75,7	86,3		67,8	79,0	73,2		65,1	67,3	77,9	95,7				69,8
1949 – 1953	63,7	79,9	90,4		83,3	70,5	64,9		75,8	72,3	74,8	93,1				78,2
1953 – 1957	70,3	82,4	91,8		84,0	80,9	82,4		77,5	72,6	76,0	90,3				78,6
1957 – 1961	59,0	76,6	92,9		79,2	77,3	82,3		78,0	76,6	77,2	79,1				78,7
1961 – 1965	67,7	76,5	89,9		76,1	72,3	77,7		76,9	73,4	75,5	81,8				70,1
1965 – 1969	70,7	80,6	86,2		77,0	69,8	81,0		75,8	76,5	78,5	x				74,1
1969 – 1972	80,0	79,5	88,9		80,0	73,4	82,8		76,7	73,5	79,4	83,1				79,2
1972 – 1976	75,5	77,7	87,8		82,2	80,4	84,8		84,4	86,1	80,8	88,8				82,3
1976 – 1980	72,0	76,6	85,4		78,5	76,6	87,7		78,5	80,0	81,4	85,0				83,3
1980 – 1983	x	78,0	85,3		x	77,8	86,4		77,7	x	90,4	x				x
						84,0										
1983 – 1987	71,2	70,1	83,6		79,7	77,8	83,5		77,3	75,2	x	85,0				84,8
1987 – 1990	71,8	65,9	79,6	67,1	75,6	79,5	80,3	64,7	74,6	71,8	77,0	83,2	72,8	65,1	76,6	71,7
															77,4	
1990 – 1994	70,1	67,8	80,8	56,3	72,2	66,1	70,8	72,9	73,8	x	73,9	83,5	58,4	54,8	71,7	74,8
						69,6										
nach 1994	x	x	68,0	x	68,6	x	66,3	x	x	64,0	x	x	x	x	x	x

¹ Baden-Württemberg vor 1949: Wahlbeteiligung im ehem. Land Württemberg-Baden am 24.11.1946 = 71,7 %, ehem. Land Baden am 18.5.1947 = 67,8 %, ehem. Land Württemberg-Hohenzollern am 18.5.1947 = 66,4 % und Baden-Württemberg 1952: Verfassungsgebende Landesversammlung; Berlin: bis 1989 nur Berlin-West, Abgeordnetenhaus; Bremen und Hamburg: Bürgerschaft.

BW: Baden-Württemberg, BY: Bayern, BE: Berlin, HB: Bremen, HH: Hamburg, MV: Mecklenburg-Vorpommern, NI: Niedersachsen, NW: Nordrhein-Westfalen, RP: Rheinland-Pfalz, SL: Saarland, SN: Sachsen, ST: Sachsen-Anhalt, SH: Schleswig-Holstein, TH: Thüringen.

Niedrigste Wahlbeteiligung aller Länder im jeweiligen Zeitabschnitt.

dieser politischen Veränderungen polarisierte sich der Wettstreit zwischen den beiden großen politischen Lagern, sozialdemokratisch geführter Bundesregierung auf der einen, CDU/CSU-Opposition auf der anderen Seite. Im April 1972 kam es zu dem gescheiterten Mißtrauensvotum gegen die Regierung Brandt. Die Bundestagswahlen wurden daraufhin auf den 19. November 1972 vorgezogen. Zu diesen bundespolitischen Rahmenbedingungen kam hinzu, daß sich bereits vor der Landtagswahl von 1972 ein Ende der großen Koalition aus CDU und SPD im Land abzeichnete.

Sieht man von dem kleinen „Zwischenhoch“ zur Bundestagswahl 1983 ab, ist sowohl bei Bundestagswahlen als auch bei Landtagswahlen die Wahlbeteiligung seit 1972 drastisch zurückgegangen. Während für die Bundestagswahl 1972 „von einer ... Totalmobilisierung der Bevölkerung gesprochen werden kann“⁴, wies die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl 1990 lediglich eine Wahlbeteiligung von 78 % und damit einen Rückgang gegenüber 1972 von mehr als 13 Prozentpunkten auf. Bei der Bundestagswahl 1994 war dann sowohl auf Bundesebene als auch in Baden-Württemberg wieder ein leichter Anstieg der Wahlbeteiligung zu verzeichnen.

Bei Landtagswahlen ist in Baden-Württemberg seit Beginn der 80er Jahre keine nennenswerte Zunahme der Wahlenthaltung festzustellen. Die Beteiligung weist bei den letzten vier Landtagswahlen vielmehr eine erstaunliche Konstanz auf (*Tabelle und Schaubild 1*). Auf den „historischen Tiefststand“ von 1960 mit 59 % wurde bereits hingewiesen.

Zur langfristigen Entwicklung der regionalen Unterschiede bei der Wahlbeteiligung

Die *Schaubilder 2, 3 und 4* zeigen beispielhaft, aber auch durchaus typisch, die unterschiedliche Wahlbeteiligung in den Teilräumen des Landes in drei verschiedenen Phasen (1952, 1972, 1992). Abgebildet sind die 1 111 heutigen Gemeinden des Landes. Mit Hilfe der Datenbanken des Statistischen Landesamtes (Landesinformationssystem – LIS) stehen die früheren Wahlergebnisse auch für die heutigen Gemeinden zur Verfügung. Mit Rottönen sind die Gebiete hoher Wahlbeteiligung (drei Prozentpunkte und mehr über dem Landeswert), mit Blautönen die Gebiete niedriger Wahlbeteiligung (mehr als drei Prozentpunkte unter dem Landeswert) und mit Weiß die Gebiete, die eine im wesentlichen dem Landesdurchschnitt entsprechende Wahlbeteiligung aufweisen, dargestellt.

Da die rechtlichen Regelungen die Auszählung der Briefwahlergebnisse nicht für jeden Wahlbezirk erlauben, sind bei dieser regionalisierten Darstellung die Briefwähler (Wahlscheinhaber) ausgenommen.

Insgesamt wurden die regionalen Unterschiede im Laufe der vier Jahrzehnte deutlich geringer. Bei den Landtagswahlen hat insbesondere zwischen den Urnengängen von 1964 und 1968 eine abrupte Nivellierung stattgefunden. Diese setzte sich bei der Wahl 1972 fort (sehr ausgeglichenes Bild) und ist seitdem in etwa gleichgeblieben.

Dies dokumentiert sich deutlich in der abnehmenden Zahl von Gemeinden, in denen die Wahlbeteiligung um mehr als 10 Pro-

⁴ Eilfort, Michael: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens. Paderborn, München, Wien, Zürich: Ferdinand Schöningh Verlag, 1994, S. 60.

zentpunkte gegenüber dem Landeswert (positiv oder negativ) abwich. Waren dies 1952 noch 406 der heutigen Gemeinden, so verringerte sich ihre Zahl bis 1972 auf 56 (1992: 69).

Ein Erklärungsversuch für die Abnahme der regionalen Unterschiede im Land setzt bei der „Vorgeschichte“ des Südweststaates an. Das heutige Bundesland Baden-Württemberg entstand erst 1952 durch den Zusammenschluß der drei zwischen 1945 und 1952 bestehenden südwestdeutschen Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und (Süd-)Baden. Bei weiten Teilen der badischen Bevölkerung hielt die Distanz gegenüber dem Südweststaat über viele Jahre an; in Südbaden hatte eine Volksabstimmung 1951 eine Mehrheit gegen die Errichtung des Südweststaates erbracht. Die „Badenfrage“ blieb (zumindest) bis zum Volksentscheid 1970 bestehen. In diesem Jahr legte die badische Bevölkerung ein eindrucksvolles Bekenntnis für Baden-Württemberg ab. 82 % der Abstimmenden votierten für den Verbleib beim Bundesland Baden-Württemberg.⁵ Daß die regionalen Unterschiede der Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg bis 1964 sehr groß waren, liegt wohl in dieser spezifisch baden-württembergischen Situation begründet. Während sich die Wahlbeteiligung in den Teilräumen des Landes bei Bundestagswahlen bereits frühzeitig aneinander anzugleichen begannen, behielten bestimmte (vornehmlich badische) Gebiete ihre niedrige Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen bis Mitte der 60er Jahre bei. Auch die Gebiete mit sehr hoher Wahlbeteiligung, vor allem in Oberschwaben und Ostwürttemberg, konnten ihre Stellung über diesen Zeitraum hinweg behaupten.

Das ausgeglichene Bild bei der Landtagswahl 1972 ist daneben auch eine Folge der – bereits beschriebenen – insgesamt sehr hohen Wahlbeteiligung; dies führt logischerweise tendenziell zu einer Abnahme regionaler Unterschiede.

Bei der Landtagswahl 1992 fällt die niedrige Wahlbeteiligung vor allem im Westen und Süden des Landes auf. Insgesamt werden die Randgebiete des Landes als „weniger wahlaktiv“ sichtbar. Möglicherweise richten die Bewohner dieser Gebiete zunehmend ihren „Blick über die Grenzen“.

Gebiete mit hoher Wahlbeteiligung in der Anfangszeit des Südweststaates und deren Entwicklung

Oberschwaben

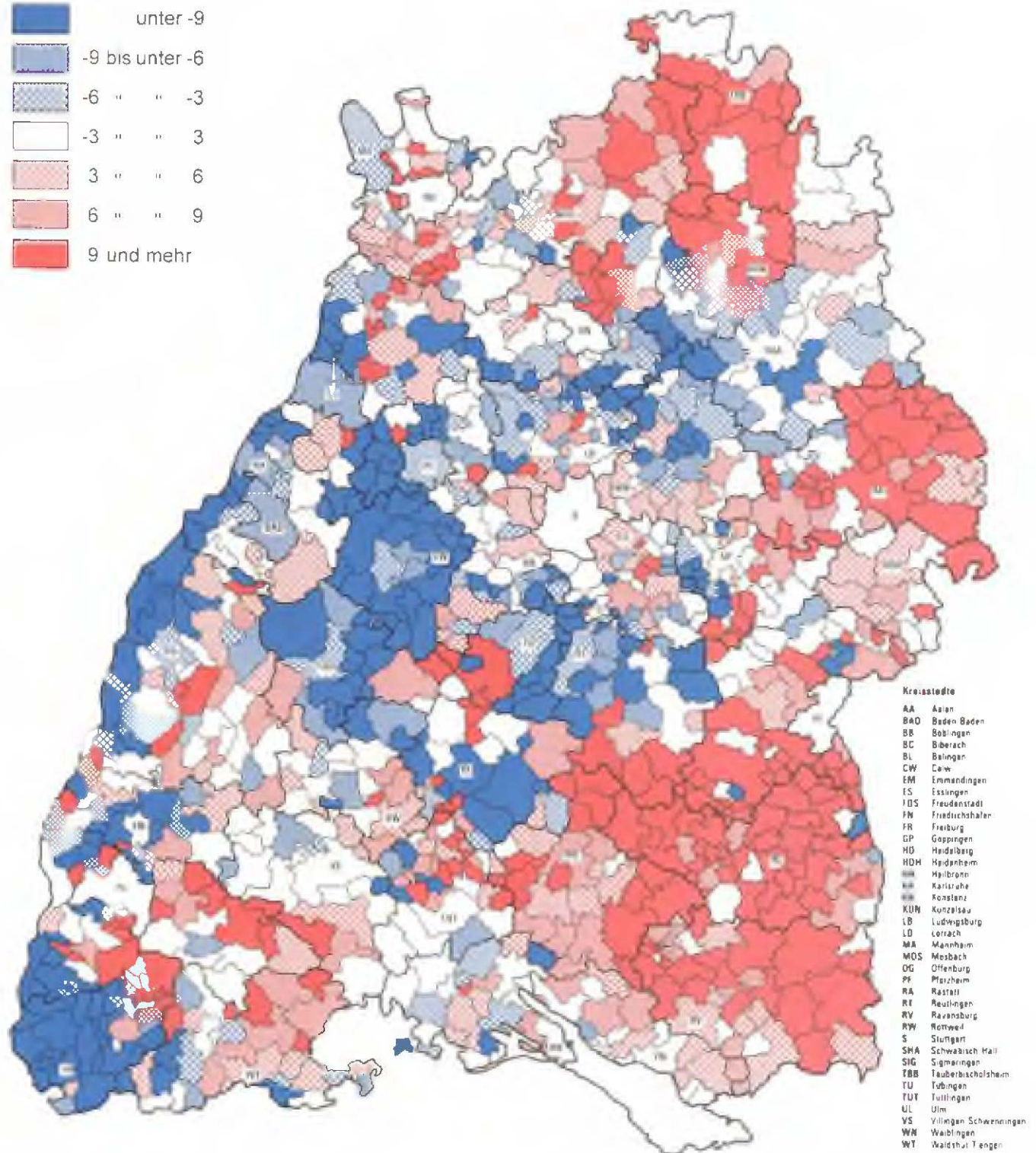
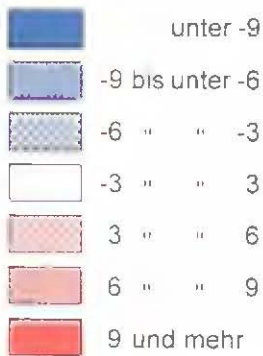
Oberschwaben kann mit einigem Recht als Einheit betrachtet werden. Anfang des 19. Jahrhunderts kam das katholische Oberschwaben zum protestantischen Württemberg. Diese Landschaft zwischen Schwäbischer Alb, Bodensee und Iller wurde in der Vergangenheit zuweilen auf Grund seiner Wahlergebnisse auch als der „schwarze Erdteil“ bezeichnet. Das Gebiet war relativ lange ein Agrarland geblieben.⁶ Auch heute noch haben viele Gemeinden der Region ihren ländlichen Charakter bewahrt.

⁵ Vgl. Gawatz, Eberhard: Volksentscheid in Baden am 7. Juni 1970, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6/1970, S. 158-160.

⁶ Vgl. Wehling, Hans-Georg: Barock – bäuerliches Oberschwaben. Elemente einer politischen Kultur. In: Regionale politische Kultur, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, 1985, S. 130-145.

Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung 1952 Wahlbeteiligung*) in den heutigen Gemeinden Baden-Württembergs

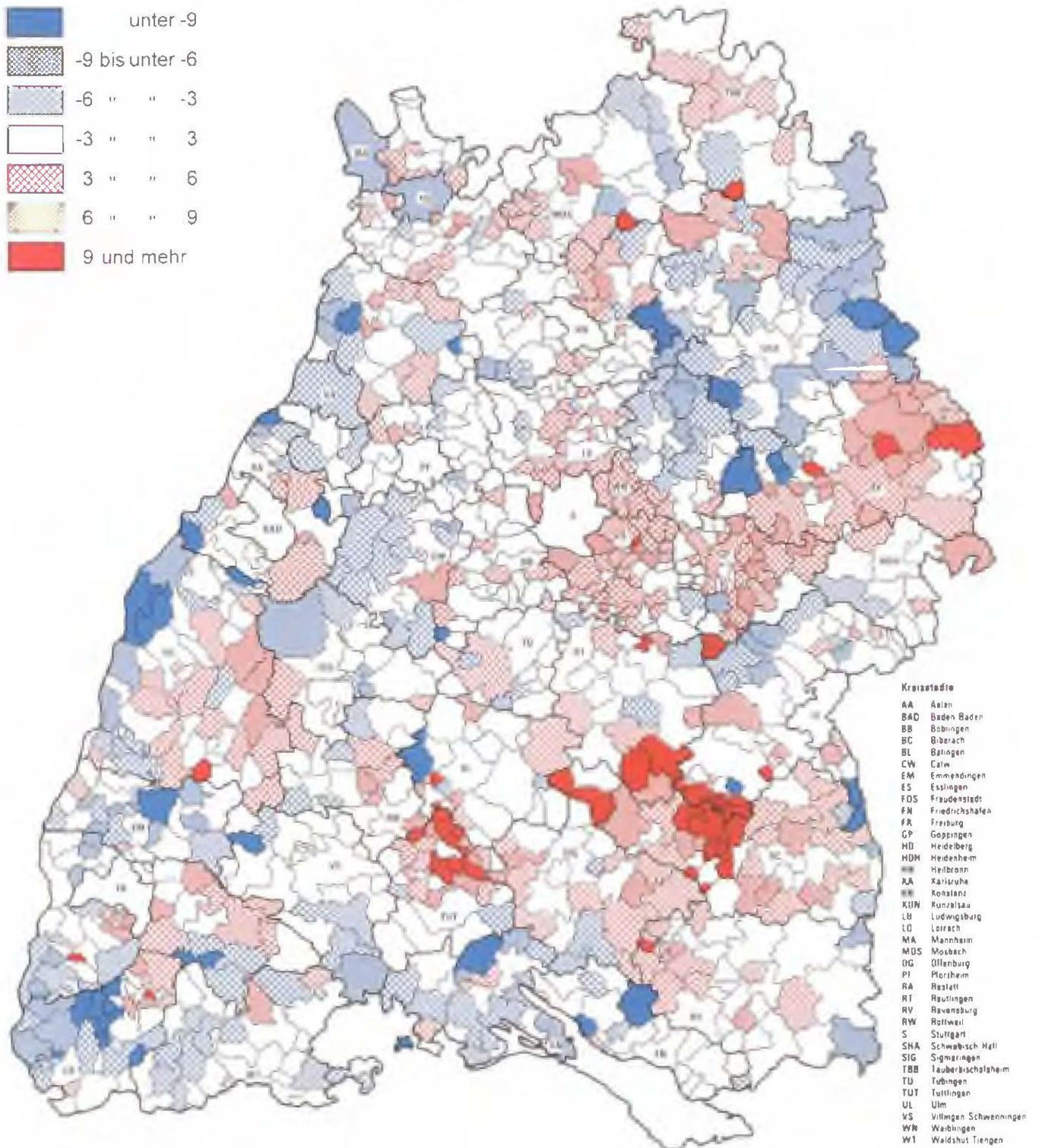
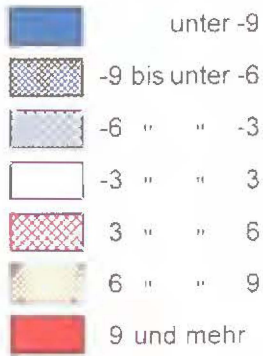
Abweichung vom Landeswert in Prozentpunkten



*) Ohne Briefwähler.

Landtagswahl 1972 Wahlbeteiligung*) in den heutigen Gemeinden Baden-Württembergs

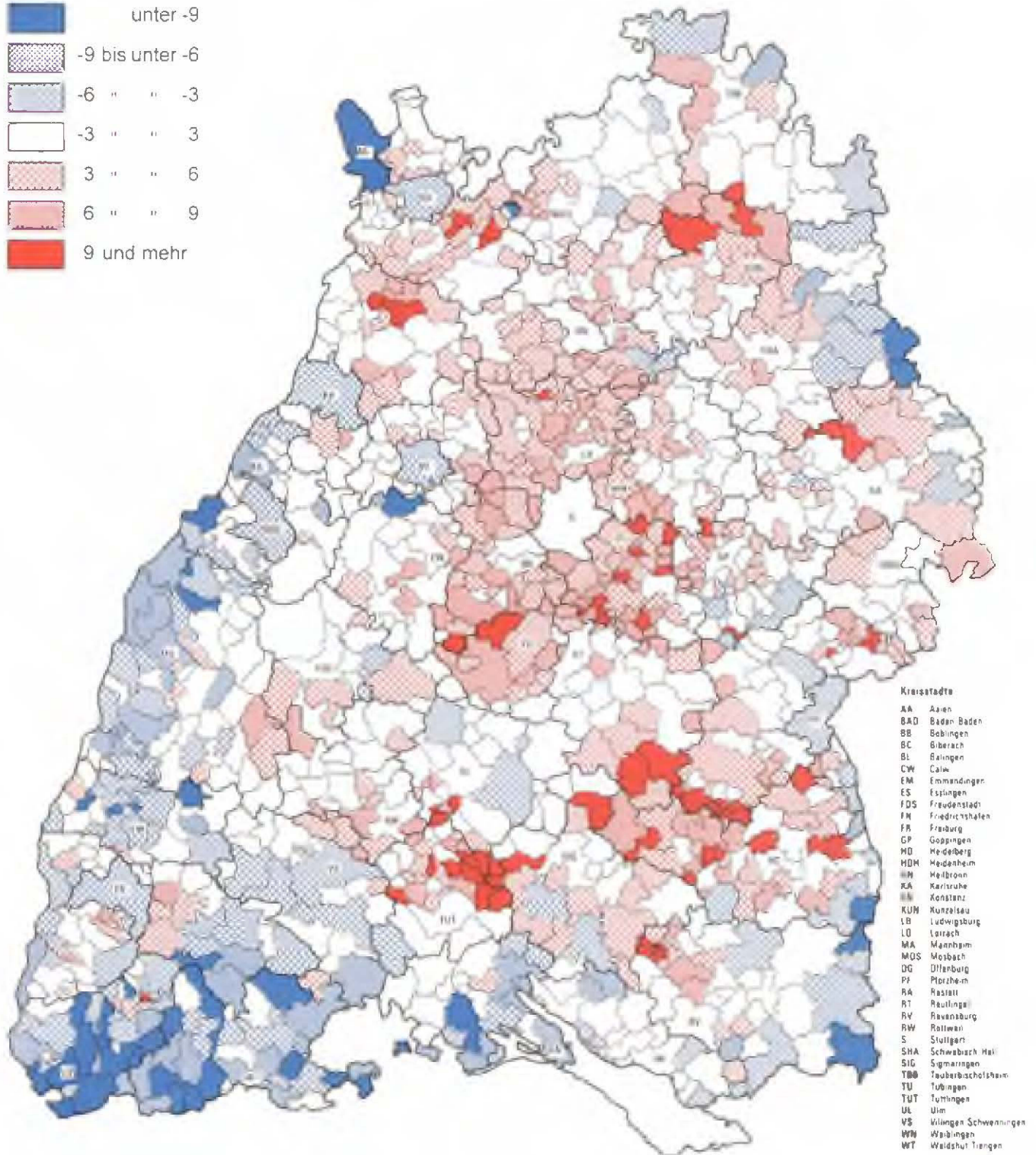
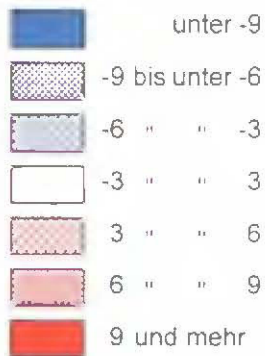
Abweichung vom Landeswert in Prozentpunkten



*) Ohne Briefwähler

Landtagswahl 1992 Wahlbeteiligung*) in den Gemeinden Baden-Württembergs

Abweichung vom Landeswert in Prozentpunkten



Kreisstädte

AA	Aalen
BAD	Baden-Baden
BB	Böblingen
BC	Biberach
BL	Balingen
CW	Calw
EM	Emmendingen
ES	Eppingen
FDS	Freudenstadt
FN	Friedrichshafen
FR	Freiburg
GP	Göppingen
HD	Heidenberg
HDM	Heidenheim
HM	Heilbronn
KA	Karlsruhe
KS	Konstanz
KUM	Künzelsau
LB	Ludwigsburg
LD	Lörrach
MA	Mannheim
MOS	Mörsbach
OG	Olfenbürg
PI	Pforzheim
RA	Rastatt
RT	Rottweil
RV	Ravensburg
RW	Rottweil
S	Stuttgart
SHA	Schwabach-Hall
SIG	Sigmaringen
TBB	Tauberbachschloß
TU	Tübingen
TUT	Tuttlingen
UL	Ulm
VS	Villingen-Schwenningen
WN	Waldshut
WT	Waldshut-Tiengen

*) Ohne Briefwähler.

Bei der Landtagswahl 1956 lag die Wahlbeteiligung im Landkreis Biberach um 14 Prozentpunkte über dem Landeswert. Von den insgesamt 45 Gemeinden im Landkreis Biberach wiesen 40 eine Abweichung gegenüber dem Landeswert von mehr als 10 Prozentpunkten nach oben auf, darunter 7 sogar um mehr als 20 Prozentpunkte.

Bei der 1968er Wahl sank der „Wahleifer“ absolut und relativ deutlich. Lag dieser im Landkreis Biberach 1964 noch um 11 Prozentpunkte über dem Landesniveau, so schrumpfte er vier Jahre später auf gerade noch 3 Prozentpunkte. Im Landkreis Ravensburg war der Rückgang noch deutlicher: Von 10 Prozentpunkten 1964 auf unter 2 Prozentpunkte im Jahre 1968 und 1972 dann sogar erstmals gering unter dem Landeswert (1992: - 1 Prozentpunkt). Im Landkreis Sigmaringen verlief die Entwicklung ähnlich: 1956 noch knapp 10 Prozentpunkte über dem Landeswert, 1968 im Landesschnitt (1992: 1 Prozentpunkt über Landeswert).

Auch größere Teile des Alb-Donau-Kreises und einige Gemeinden im Süden des Landkreises Reutlingen gehören zu diesem traditionellen Gebiet hoher Wahlbeteiligung. So waren etwa bei allen Landtagswahlen der Nachkriegszeit jeweils 11 bis 16 Gemeinden des Alb-Donau-Kreises in der Spitzengruppe der 100 „wahlfreudigsten“ Gemeinden des Landes vertreten.

Ostalbkreis

Bei den Wahlen zwischen 1952 und 1964 lag die Beteiligung im Ostalbkreis um rund 10 Prozentpunkte über dem Landeswert. Auch hier war bei der Landtagswahl von 1968 ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen, der allerdings weniger dramatisch als in Oberschwaben ausfiel. 1968 und 1972 war die Wahlbeteiligung im Ostalbkreis noch um gut 4 Prozentpunkte höher als im Land, 1992 dann nur noch um einen Prozentpunkt. Bis 1960 lagen bis zu 15 der 100 „wahlfreudigsten“ Gemeinden des Landes im Ostalbkreis.

Nordosten des Landes

Auch im Nordosten des Landes fanden sich zahlreiche Gemeinden mit ausgesprochen hohen Beteiligungsquoten. Es handelte sich um ein weitgehend zusammenhängendes Gebiet, das Teile des Main-Tauber-Kreises, des Neckar-Odenwald-Kreises, des Hohenlohekreises und des Landkreises Heilbronn umfaßt (vgl. *Schaubild 2*). Bis auf den nördlichen Hohenlohekreis und den westlichen Main-Tauber-Kreis hat auch dieses Gebiet seinen weit überdurchschnittlichen „Wahleifer“ verloren.

Heutige Gebiete hoher Wahlbeteiligung

„Stuttgarter Gürtel“

Die Landtagswahl 1988 offenbarte einen „Gürtel“ von moderaten „Wahlbeteiligungs-Hochburgen“ um die Landeshauptstadt Stuttgart. 1992 stabilisierte und erweiterte sich dieser Gürtel; er umfaßt nunmehr neben den Landkreisen Böblingen, Esslingen, Ludwigsburg und den zentrumsnahen Gemeinden

des Rems-Murr-Kreises, im weiteren auch die Landkreise Heilbronn und Tübingen. Die sechs genannten Landkreise wiesen 1992 die höchste Wahlbeteiligung auf (zwischen 4 und 5 Prozentpunkten über dem Landeswert, einschließlich Briefwähler). Auch in der Landeshauptstadt Stuttgart gingen 1992 überdurchschnittlich viele Bürger zur Wahlurne (2 Prozentpunkte über Landeswert, einschließlich Briefwählern 3 Prozentpunkte); dabei beteiligten sich die Filderstadtteile besonders stark an der Wahl. Die Region Stuttgart hatte mit einer um 4 Prozentpunkten über dem Landeswert liegenden Wahlbeteiligung die mit Abstand höchste aller Regionen.

Der Wandel in diesem Gebiet zeigt sich auch in der Zahl der regionsangehörigen Gemeinden, die zur Gruppe der „100 wahlfreudigsten“ im Land zählen. Waren es 1984 nur zwei, so stieg deren Zahl bis 1992 auf 29 an. Besonders deutlich gestaltete sich diese Entwicklung im Landkreis Esslingen. Während 1984 keine einzige Gemeinde aus dem Landkreis Esslingen unter den „Top 100“ zu finden war, fielen 1992 15 Kommunen dieses Kreises in diese Spitzengruppe.

Ergänzend sei erwähnt, daß bei der Landtagswahl 1992 keine einzige der 100 „wahlbeteiligungsschwächsten“ Gemeinden des Landes in der Region Stuttgart lag, obwohl diese mit Abstand am meisten Gemeinden umfaßt (179 von 1 111).

Das Umland der Klöster Schöntal, Zwiefalten und Beuron

Einprägsame Ortsnamen für heute noch feststellbare (kleinere) Gebiete mit sehr hoher Wahlbeteiligung im Nordosten und Südosten des Landes (Oberschwaben) sind die Klöstergemeinden Schöntal an der Jagst sowie Zwiefalten und Beuron an der Donau.

Langfristig weitgehend stabile Gebiete mit niedriger Wahlbeteiligung

Mittelbereich Kehl

Bei der Wahl von 1952 wies der Mittelbereich Kehl (Stadt Kehl, Rheinau und Willstätt) eine gegenüber dem Landeswert um 24 Prozentpunkte niedrigere Wahlbeteiligung auf. 1956 reduzierte sich dieses Defizit auf 8 Prozentpunkte, um in der Folgezeit zwischen 7 und 14 Prozentpunkten zu schwanken. Bei der letzten Wahl 1992 war die Wahlbeteiligung im Mittelbereich Kehl um 7 Prozentpunkte niedriger als im Land.

Region Hochrhein-Bodensee

Die Region Hochrhein-Bodensee ist die einzige Region des Landes, in der die Wahlbeteiligung über 40 Jahre hinweg negativ vom Landeswert abweicht. Die geringste Abweichung bestand 1968 mit gut 2 Punkten. Seitdem ist die Differenz wieder stark angewachsen und betrug 1992 über 7 Prozentpunkte. Die drei Landkreise der Region hatten 1992 (neben Mannheim) die niedrigste Beteiligung im Land. Von den 100 „wahlbeteiligungsschwächsten“ Gemeinden im Land lagen 53 in der Region Hochrhein-Bodensee, die aber nur 9 % der Gemeinden des Landes umfaßt (99). Erst seit den 80er Jahren ist

Diese heutigen Gemeinden gehörten bei (fast) allen Landtagswahlen der Nachkriegszeit zu den 100 Gemeinden mit der höchsten bzw. niedrigsten Wahlbeteiligung im Land:

Die „wahlfreudigsten“ Gemeinden des Landes

Alleshausen (Landkreis Biberach)
Allmannsweiler (Landkreis Biberach)
Assamstadt (Main-Tauber-Kreis)
Deilingen (Landkreis Tuttlingen)
Dormettingen (Zollernalbkreis)
Emeringen (Alb-Donau-Kreis)
Emerkingen (Alb-Donau-Kreis)
Hausen am Bussen (Alb-Donau-Kreis)
Langenenslingen (Landkreis Biberach)
Moosburg (Landkreis Biberach)
Oggelshausen (Landkreis Biberach)
Pfronstetten (Landkreis Reutlingen)
Schöntal (Hohenlohekreis)
Seekirch (Landkreis Biberach)
Tiefenbach (Landkreis Biberach)
Unterwachingen (Alb-Donau-Kreis)
Uttenweiler (Landkreis Biberach)
Weilen unter den Rinnen (Zollernalbkreis)
Westerheim (Alb-Donau-Kreis)

Die „wahlmüdesten“ Gemeinden des Landes

Au am Rhein (Landkreis Rastatt)
Büsingen am Hochrhein (Landkreis Konstanz)
Dobel (Landkreis Calw)
Efringen-Kirchen (Landkreis Lörrach)
Hasel (Landkreis Lörrach)
Malsburg-Marzell (Landkreis Lörrach)
Malterdingen (Landkreis Emmendingen)
Lauf (Ortenaukreis)
Loffenau (Landkreis Rastatt)
Rheinmünster (Landkreis Rastatt)
Raich (Landkreis Lörrach)
Sallneck (Landkreis Lörrach)
Tegernau (Landkreis Lörrach)
Wieslet (Landkreis Lörrach)
Willstätt (Ortenaukreis)
Wittlingen (Landkreis Lörrach)

die ganze Region als „wahlbeteiligungsschwach“ zu erkennen. Die Entwicklung in den Kreisen verlief unterschiedlich:

Im Landkreis Lörrach lag die Wahlbeteiligung schon 1952 um 11 Prozentpunkte unter dem Landeswert. Bis 1968 verringerte sich das Defizit auf 2 Prozentpunkte. Seitdem wächst es wieder an und erreichte 1992 mehr als 9 Prozentpunkte. Lörrach war damit Schlußlicht im Land. 1952 wichen 27 der 42 Gemeinden um mehr als 10 Prozentpunkte nach unten vom Landesniveau ab, darunter 7 sogar um mehr als 30 Prozentpunkte. In einigen Gemeinden im Nordosten des Kreises war die Beteiligung 1952 hingegen deutlich höher als im Land, darunter in den Städten Schönau im Schwarzwald und Todtnau (+ 13 bzw. + 19 Prozentpunkte). 1992 fallen die kleinen Gemeinden Bürchau, Fröhnd und Tunau mit überdurchschnittlicher Wahlbeteiligung auf. Der Landkreis Lörrach insgesamt blieb aber über die gesamte Nachkriegszeit hinweg immer ein Gebiet niedriger Wahlbeteiligung (vgl. auch *Kasten*).

Der Landkreis Waldshut hingegen weist erst in jüngerer Zeit, vor allem 1988 und 1992, eine ausgesprochen niedrige Wahlbeteiligung auf. Bis in die 70er Jahre hinein waren hier keine diesbezüglichen Auffälligkeiten festzustellen.

Im Landkreis Konstanz schließlich war die Beteiligung bei der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung 1952 nur unwesentlich niedriger als im Land insgesamt; 1960 lag sie dann aber 11 Prozentpunkte und 1992 noch 6 Prozentpunkte darunter.

Der Landkreis Calw als Kern eines früheren Gebietes mit niedriger Wahlbeteiligung

Bei der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung von 1952 war die Wahlbeteiligung im heutigen Landkreis Calw um

16 Prozentpunkte niedriger als im Landesschnitt. In 22 der 25 Gemeinden lag die Beteiligung um mehr als 10 Prozentpunkte unter dem Wert im Land, darunter in 9 sogar um mehr als 20 Prozentpunkte. Bereits 1956 hatte sich das Wahlbeteiligungsdefizit halbiert, um 1968 auf 2 Prozentpunkte abzusinken. Bei den Landtagswahlen 1988 und 1992 wurde jeweils der Landeswert erreicht.

Bei der 1952er Wahl war der Landkreis Calw Teil eines größeren „wahlschwachen“ Gebiets, das auch den Enzkreis, die Landkreise Freudenstadt und Rastatt sowie die Stadtkreise Baden-Baden und Karlsruhe umfaßte. Diese Kreise wiesen 1952 negative Abweichungen gegenüber dem Landeswert zwischen 5 und 8 Prozentpunkten auf. Bei den darauffolgenden Wahlen fand insbesondere in den Landkreisen eine weitgehende Angleichung an das Landesniveau statt.

Gebiete hoher Wahlbeteiligung in den 50er und frühen 60er Jahre stark katholisch geprägt

Bei den Landtagswahlen der 50er und frühen 60er Jahre wiesen insbesondere die Gemeinden Oberschwabens und des Ostalbkreises hohe Wahlbeteiligungen auf. Beide Gebiete sind stark durch den Katholizismus geprägt. Auffallend sind auch die „wahlfreudigen“ katholischen Gemeinden im Norden des Landes (Main-Tauber-Kreis, Neckar-Odenwald-Kreis).

Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch, daß die 200 „wahlfreudigsten“ Gemeinden bei der Landtagswahl 1952 einen römisch-katholischen Bevölkerungsanteil von 83 % aufwiesen (Landeswert: 47 %, Volkszählungsergebnis 1950). Der bis in die 60er Jahre hinein ausgesprochen hohe Wahleifer der „katholischen Gemeinden“ hat sich seitdem stark abgeschwächt. Die „Hochburgen“ bei der Landtagswahl 1988 weisen eine Konfessionsstruktur auf, die nahezu exakt derjenigen des Lan-

des entspricht (der Katholikenanteil im Land betrug bei der Volkszählung 1987 45 % und derjenige der 200 „wahlfreudigsten“ Gemeinden 46 %).

Der hohe Katholikenanteil in den 200 „wahlfreudigsten“ Gemeinden der ersten Nachkriegswahlen fand auch in den Stimmenanteilen der Parteien seinen Niederschlag. So wies die CDU hier (weit) überdurchschnittliche Stimmenanteile auf. Während bei der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung 1952 im Land rund 36 % der gültigen Stimmen auf die Union entfielen, erreichte sie in den 200 beteiligungsstärksten Gemeinden des Landes einen Stimmenanteil von knapp zwei Drittel. SPD, FDP/DVP und KPD schnitten demnach in diesen Kommunen, gemessen am Landesschnitt, weit unterdurchschnittlich ab. So erhielt die Sozialdemokratie hier lediglich 14 % der Stimmen (Land: 28 %) und auf die Freien Demokraten entfiel ein Anteil von 8 % (Land: 18 %).

Bei der Landtagswahl 1992 lag das Ergebnis der Union in den 200 Gemeinden mit der höchsten Wahlbeteiligung nur noch geringfügig über dem Landeswert (41 % gegenüber 39 % im Land). Die SPD hingegen schnitt hier um 4 Prozentpunkte schwächer ab (26 % gegenüber 30 % im Land). Für die anderen Parteien sind die Abweichungen sehr gering.

Büsing, Ohmden, Munderkingen ... zwischen „Wahlboykott“ und „Totalmobilisierung“

Bei der flächendeckenden Beschäftigung mit dem Phänomen „Wahlbeteiligung im Land“ fallen auch einige Gemeinden durch Sonderentwicklungen auf, die abschließend etwas näher beschrieben werden sollen. Die Beschreibung erfolgt hier unter Einbeziehung der Briefwähler.

36 km von Konstanz entfernt, in der Nähe von Schaffhausen, liegt die Gemeinde Büsing am Hochrhein. Ihre Gemarkung ist allseits von Schweizer Territorium umschlossen (auf den Karten als Exklave erkennbar). 1945 erfolgte der wirtschaftliche Anschluß der Gemeinde an die Schweiz. 1947 wurde die Schweizer Zollgrenze aufgehoben und 1964 ein deutsch-schweizerischer Staatsvertrag über die Einbeziehung von Büsing in das schweizerische Zollgebiet abgeschlossen, der 1967 in Kraft trat. Daß sich zumindest ein Teil der Büsinger wohl eher der Schweiz als der Bundesrepublik und Baden-Württemberg zugehörig fühlt(e), läßt sich auf Grund der Wahlbeteiligung vermuten.

Bei der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung 1952 gingen gerade mal 6 % der wahlberechtigten Büsinger zur Urne, und 1960 waren es 14 %. Ihr Anteil stieg bis 1972 auf 67 %

an. Danach hat der Wahleifer, gemäß dem allgemeinen Trend, abgenommen und betrug 1992 nur noch 52 %. Bei Bundestagswahlen verlief die Entwicklung ähnlich (1949: Wahlbeteiligung 9 %, 1953 bereits 32 %, bis 1972 Anstieg auf 85 %, 1994: 74 %). Während die niedrige Wahlbeteiligung Büsings in der Nachkriegsphase in der geographisch exponierten Lage und der damit verbundenen historisch-politischen Sonderrolle der Gemeinde begründet liegt (enge Verbundenheit mit der Schweiz, Kriegserfahrungen), können sehr niedrige Wahlbeteiligungsquoten aber auch ganz andere Ursachen haben. So hatte zum Beispiel eine Bürgerinitiative in Büsing 1989 zum Boykott der Europawahl aufgerufen. Streitpunkt waren Einkommensteuerfragen gewesen. Daraufhin nahmen bei dieser Wahl nur 16 % der 1 089 Wahlberechtigten ihr Wahlrecht in Anspruch. Bei den Europawahlen 1979 und 1984 hatte die Beteiligung knapp 50 % und 1994 dann sogar 62 % betragen.

Ein anderes Beispiel für Wahlboykott ist die Landtagswahl 1968 in der Gemeinde Ohmden (Landkreis Esslingen). An dieser Wahl beteiligten sich nur 19 der 738 wahlberechtigten Bürger, was einer Quote von lediglich 3 % entspricht. Vier Jahre später waren es wieder 81 %. Was war passiert? Dieser „kollektive Wahlboykott“ im Jahre 1968 hatte vermutlich Wirkung gezeigt. Der lange Zeit vergeblich eingeforderte Ausbau der schmalen und kurvigen Landesstraße L 1214 von Ohmden nach Jesingen war erreicht.

Auf der anderen Seite gibt es anscheinend auch Gemeinden, in denen es dem einzelnen wohl unmöglich ist, sich seiner „staatsbürgerlichen Pflichten“ zu entziehen. Beispielhaft seien hier die drei ländlichen und stark katholisch geprägten Gemeinden Emeringen, Hausen am Bussen und Unterwachingen im Verwaltungsraum Munderkingen (südwestlicher Grenzbereich des Alb-Donau-Kreises) genannt. Bei der Bundestagswahl von 1976 hatten diese drei Gemeinden allesamt eine Wahlbeteiligung von genau 100 %, bei einer Zahl von jeweils etwas über 100 Wahlberechtigten. Die Stimmenanteile der Union entsprachen dabei annähernd der Beteiligungsquote (bis zu 97 %). Vor der Verwaltungsreform kam es auch vor, daß alle Wähler in einer Gemeinde für die CDU votierten (1952er Wahl in Bechingen, seit 1974 Ortsteil der Stadt Riedlingen). Auch 1972 gaben hier noch 73 der 74 Wähler ein ebenso deutliches Votum ab.

Die Beispiele belegen auch die Vielfalt der Einflußfaktoren, die – allein schon auf Gemeindeebene – für „Wählen oder Nichtwählen“ entscheidend sein können. Eine statistische Analyse kann den regionalen und örtlichen Determinanten bestenfalls ansatzweise auf die Spur kommen. Eine weitergehende Interpretation des vorgelegten Materials bleibt künftigen Untersuchungen vorbehalten.

Manfred Deckarm/Alexander Jäger